



Die SPD-Stadtratsfraktion hat in der Stadtratssitzung am 28. März 2023 dem vorgelegten Haushaltsplan 2023 zugestimmt mit nachfolgender Begründung

Die angespannte finanzielle Gesamtsituation, z. B. bedingt durch den Ukraine-Krieg und die getroffenen energiepolitischen Maßnahmen, sind nicht allein von der Stadt Bobingen zu verantworten. Der tägliche Blick in die Presse zeigt, dass auch viele andere Kommunen davon betroffen sind.

Die Kreisumlage, die im Jahre 2012 noch 5,4 Mio. € betrug, wird 2023 bei 11,4 Mio. € liegen. Betragen die Personalausgaben 2019 noch 6,2 Mio. €, sind 8,3 Mio. € für 2023 eingeplant.

Im Februar / März hat der Zweite Bürgermeister Dr. Armin Bergmann den Ersten Bürgermeister vertreten und es ist gelungen, zusammen mit der Verwaltung der Stadt Bobingen zunächst finanziell eingeplante erhebliche Maßnahmen entweder weil nicht notwendig zu streichen, zu verschieben oder wenn vertretbar, aus dem Finanzplanungszeitraum herauszunehmen. Wichtig an dieser Stelle ist uns, dass diese herausgenommenen oder verschobenen Maßnahmen zumindest als Text zur Erinnerung im Haushaltsplan stehen bleiben.

Die Stadt Bobingen unterhält seit über 50 Jahren ein Freibad, ein Hallenbad und eine Stadthalle. Wir leisten uns vier Grundschulstandorte, können mit Stolz auf vier gut ausgestattete Freiwillige Feuerwehren blicken, auf fünf Sportvereine und viele andere Vereine, Organisationen, soziale und kulturelle Einrichtungen wie z. B. eine Bücherei oder eine Mittlere Mühle und das Untere Schlässchen sowie das dahinter stehende Engagement vieler Ehrenamtlicher. Dies alles kostet Geld, viel Geld und wir wollen uns unverändert dafür einzusetzen, dass wir uns dies so lange wie möglich leisten und die Einrichtungen unterhalten können.

Darüber hinaus müssen wir einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz (Energieerzeugung und Energieeinsparung) leisten. Sowohl die Investitionen für neue und der Unterhalt für unsere bestehenden Kindertagesstätten als auch die Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 werden erheblich sein. Entscheidungen des Bundes oder der Länder werden häufig zu Lasten der Kommunen getroffen.

Das erfordert große Anstrengungen und auch Kompromissbereitschaft ist gefragt.

Wir regen daher an, dass nach der Verabschiedung des Haushalts 2023 der Haupt- und Finanzausschuss künftig in jeder Sitzung – gerne auch nichtöffentlich und ohne konkreten Entscheidungszwang – Haushaltsstelle für Haushaltsstelle zusammen mit der Verwaltung berät.

Wie immer gilt es zum Schluss danke zu sagen insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, namentlich dem Kämmerer Herrn Thiele, die die Unterlagen zusammengestellt und stets für Fragen zur Verfügung standen.